

Synopse Hauptsatzung vom 01.09.2004 - Neufassung der Hauptsatzung, Stand 16.06.2014

Bisherige Fassung	Neufassung	Anmerkungen
<p>1-01</p> <p>H a u p t s a t z u n g</p> <p>der Stadt Landau in der Pfalz</p>	<p>1-01</p> <p>H a u p t s a t z u n g</p> <p>der Stadt Landau in der Pfalz</p>	
<p>Der Stadtrat hat am 31. August 2004 auf Grund</p> <p>der §§ 24 und 25 der Gemeindeordnung für Rheinland-Pfalz (GemO) vom 31.1.1994 (GVBl. S. 153), zuletzt geändert durch Landesgesetz vom 22.12.2003 (GVBl. S.390)</p> <p>folgende Satzung beschlossen:</p> <p>*) geändert durch Satzung vom 8.6.2005 gemäß Stadtratsbeschluss vom 7.6.2005 in Kraft seit 1.7.2005</p> <p>**) geändert durch Satzung vom 20.12.2006 gemäß Stadtratsbeschluss vom 19.12.2006 in Kraft seit 22.12.2006</p> <p>***) geändert durch Satzung vom 19.12.2007 gemäß Stadtratsbeschluss vom 18.12.2007 in Kraft seit 21.12.2007</p> <p>****) geändert durch Satzung vom 30.1.2008 gemäß Stadtratsbeschluss vom 29.1.2008 in Kraft seit 22.2.2008</p> <p>*****) geändert durch Satzung vom 30.4.2009 gemäß Stadtratsbeschluss vom 28.4.2009 in Kraft seit 5.5.2009</p> <p>*****) geändert durch Satzung vom 26.8.2009 gemäß Stadtratsbeschluss vom 25.8.2009 in Kraft seit 5.9.2009</p> <p>*****) geändert durch Satzung vom 16.12.2009 gemäß Stadtratsbeschluss vom 15.12.2009</p>	<p>Der Stadtrat hat am 24.06.2014 auf Grund</p> <p>der §§ 24 und 25 der Gemeindeordnung für Rheinland-Pfalz (GemO) vom 31.1.1994 (GVBl. S. 153), zuletzt geändert durch Landesgesetz vom 20.12.2013 (GVBl. S. 538)</p> <p>folgende Satzung beschlossen:</p>	

Synopse Hauptsatzung vom 01.09.2004 - Neufassung der Hauptsatzung, Stand 16.06.2014

<p>in Kraft seit 1.2.2010</p> <p>*****) geändert durch Satzung vom 10.3.2010 gemäß Stadtratsbeschluss vom 9.3.2010 in Kraft seit 19.3.2010</p> <p>*****) geändert durch Satzung vom 30.6.2010 gemäß Stadtratsbeschluss vom 29.6.2010 in Kraft seit 2.7.2010</p> <p>*****) geändert durch Satzung vom 30.9.2010 gemäß Stadtratsbeschluss vom 28.9.2010 in Kraft seit 5.10.2010</p> <p>*****) geändert durch Satzung vom 28.6.2011 gemäß Stadtratsbeschluss vom 21.6.2011 in Kraft seit 22.7.2011</p> <p>*****) geändert durch Satzung vom 22.2.2012 gemäß Stadtratsbeschluss vom 14.2.2012 in Kraft seit 24.2.2012</p> <p align="center">§ 1</p> <p align="center">Rechtsstellung des Oberbürgermeisters, des Bürgermeisters und der Beigeordneten</p> <p>Die Stellen des Oberbürgermeisters und des Bürgermeisters werden hauptamtlich verwaltet. Die Stadt hat einen hauptamtlichen Beigeordneten und zwei ehrenamtliche Beigeordnete. Die Zahl der Geschäftsbereiche beträgt 4 (vier).</p> <p align="center">§ 2</p> <p align="center">Aufwandsentschädigung der Ratsmitglieder</p> <p>1. Als Ersatz der mit ihrem Amt verbundenen Aufwendungen und der</p>	<p align="center">§ 1</p> <p align="center">Oberbürgermeister, Beigeordnete, Geschäftsbereiche</p> <p>1. Die Stadt Landau in der Pfalz hat neben dem hauptamtlichen Oberbürgermeister einen hauptamtlichen Beigeordneten, der die Amtsbezeichnung „Bürgermeister“ führt, und einen ehrenamtlichen Beigeordneten.</p> <p>2. Die Verwaltung der Stadt Landau in der Pfalz umfasst drei Geschäftsbereiche.</p> <p align="center">§ 2</p> <p align="center">Aufwandsentschädigung der Ratsmitglieder und des ehrenamtlichen Beigeordneten</p> <p>1. Als Ersatz der mit ihrem Amt verbundenen Aufwendungen und der notwendigen baren Auslagen erhalten die Ratsmitglieder eine Aufwandsent-</p>	<p>Änderung der Zahl der Beigeordneten und der Zahl der Geschäftsbereiche</p> <p>Regelung des bisherigen § 2 a aus redaktionellen Gründen in § 2 eingefügt.</p>
---	--	---

Synopse Hauptsatzung vom 01.09.2004 - Neufassung der Hauptsatzung, Stand 16.06.2014

<p>notwendigen baren Auslagen erhalten die Ratsmitglieder eine Aufwandsentschädigung in Form</p> <p>1.1 eines monatlichen Grundbetrages in Höhe von 200,00 €, die für jeden begonnenen Monat ihrer Amtszeit gezahlt wird, zuzüglich</p> <p>1.2 einer Pauschale in Höhe von 30,00 € für die Entgegennahme von Unterlagen über das elektronische Ratsinformationssystem und</p> <p>1.3 eines Sitzungsgeldes in Höhe von 15,00 € pro Sitzung, falls nicht nach anderen Vorschriften eine Sitzungsvergütung zu gewähren ist.</p> <p>2. Die Fraktionsvorsitzenden und deren Stellvertreter erhalten eine zusätzliche Aufwandsentschädigung. Diese beträgt für die Fraktionsvorsitzenden das 1,0-fache und für die stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden (bei Fraktionen bis 9 Mitgliedern für einen Stellvertreter und bei Fraktionen ab 10 Mitgliedern für zwei Stellvertreter) das 0,5-fache der Aufwandsentschädigung für Ratsmitglieder.</p> <p>3. In einem Dienst- oder Arbeitsverhältnis stehenden Personen ist der nachgewiesene Lohnausfall in voller Höhe zu ersetzen; er umfasst auch die entgangenen tarifvertraglichen und freiwilligen Arbeitgeberleistungen sowie den Arbeitgeberanteil zu den gesetzlichen Sozialversicherungsbeiträgen. Anderen Personen wird auf Antrag der glaubhaft gemachte Verdienstaufschlag bis zu einem Höchstbetrag von 25,00 € je Sitzung erstattet. Personen, die weder einen Lohn- noch einen Verdienstaufschlag geltend machen können, denen aber im beruflichen oder häuslichen Bereich ein Nachteil entsteht, der in der Regel nur durch das Nachholen versäumter Arbeit oder die Inanspruchnahme einer Hilfskraft ausgeglichen werden kann, können einen Ausgleich bis zur Höhe eines Verdienstaufschlages nach Satz 2 erhalten.</p> <p>4. Der nach Abs. 1.1 gewährte monatliche Grundbetrag wird entsprechend gekürzt, wenn ein Ratsmitglied nach § 38 GemO von der Teilnahme an weiteren Rats- und Ausschusssitzungen ausgeschlossen wird oder ohne triftigen Grund an einer Sitzung nicht teilnimmt.</p>	<p>schädigung in Form</p> <p>1.1 eines monatlichen Grundbetrages in Höhe von 200,00 €, die für jeden begonnenen Monat ihrer Amtszeit gezahlt wird, zuzüglich</p> <p>1.2 einer monatlichen Pauschale in Höhe von 30,00 € für die Entgegennahme von Unterlagen über das elektronische Ratsinformationssystem (dies gilt nur bis zur allgemeinen Einführung des elektronischen Ratsinformationssystems) und</p> <p>1.3 eines Sitzungsgeldes in Höhe von 15,00 € pro Sitzung, falls nicht nach anderen Vorschriften eine Sitzungsvergütung zu gewähren ist.</p> <p>2. Die Fraktionsvorsitzenden und deren Stellvertreter erhalten eine zusätzliche Aufwandsentschädigung. Diese beträgt für die Fraktionsvorsitzenden das 1,0-fache und für die stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden (bei Fraktionen bis 9 Mitgliedern für einen Stellvertreter und bei Fraktionen ab 10 Mitgliedern für zwei Stellvertreter) das 0,5-fache der Aufwandsentschädigung für Ratsmitglieder.</p> <p>3. In einem Dienst- oder Arbeitsverhältnis stehenden Personen ist der nachgewiesene Lohnausfall in voller Höhe zu ersetzen; er umfasst auch die entgangenen tarifvertraglichen und freiwilligen Arbeitgeberleistungen sowie den Arbeitgeberanteil zu den gesetzlichen Sozialversicherungsbeiträgen. Anderen Personen wird auf Antrag der glaubhaft gemachte Verdienstaufschlag bis zu einem Höchstbetrag von 25,00 € je Sitzung erstattet. Personen, die weder einen Lohn- noch einen Verdienstaufschlag geltend machen können, denen aber im beruflichen oder häuslichen Bereich ein Nachteil entsteht, der in der Regel nur durch das Nachholen versäumter Arbeit oder die Inanspruchnahme einer Hilfskraft ausgeglichen werden kann, können einen Ausgleich bis zur Höhe eines Verdienstaufschlages nach Satz 2 erhalten.</p> <p>4. Der nach Abs. 1.1 gewährte monatliche Grundbetrag wird entsprechend gekürzt, wenn ein Ratsmitglied nach § 38 GemO von der Teilnahme an weiteren Rats- und Ausschusssitzungen ausgeschlossen wird oder ohne triftigen Grund an einer Sitzung nicht teilnimmt.</p> <p>5. Als Ersatz der mit seinem Amt verbundenen Aufwendungen und der notwendigen baren Auslagen erhält der ehrenamtliche Beigeordnete eine Aufwandsentschädigung in Form eines monatlichen Betrages in Höhe von 65 % des Höchstsatzes nach § 13 der KomAEVO, die für jeden begonnenen Monat seiner Amtszeit gezahlt wird.</p>	<p>Klarstellung</p> <p>Auslagen fallen nach Einführung nicht mehr an</p>
--	--	--

Synopse Hauptsatzung vom 01.09.2004 - Neufassung der Hauptsatzung, Stand 16.06.2014

<p style="text-align: center;">§ 2a</p> <p style="text-align: center;">Aufwandsentschädigung der ehrenamtlichen Beigeordneten</p> <p>Als Ersatz der mit ihrem Amt verbundenen Aufwendungen und der notwendigen baren Auslagen erhalten die ehrenamtlichen Beigeordneten eine Aufwandsentschädigung in Form eines monatlichen Betrages in Höhe von</p> <p style="text-align: center;">1 182,50 € (= 55 % des Höchstsatzes der KomAEV),</p> <p>die für jeden begonnenen Monat ihrer Amtszeit gezahlt wird.</p> <p style="text-align: center;">§ 3</p> <p style="text-align: center;">Geschäftsführungskosten der Fraktionen</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Die Fraktionen erhalten mit Wirkung vom 1. Juli 2009 einen Zuschuss zu den Geschäftsführungskosten, der sich aus einem Sockelbetrag in Höhe von 1 450,00 € sowie 650,00 € je Mitglied der Fraktion zusammensetzt. Die Auszahlung erfolgt monatlich zu einem Zwölftel des Jahresbetrages. 2. Die im Stadtrat der Stadt Landau in der Pfalz vertretenen Fraktionen erbringen jährlich einen Nachweis über die Verwendung des Zuschusses zu den Geschäftsführungskosten. Nicht benötigte oder rechtswidrig verwendete Leistungen sind zurück zu erstatten. Das Nähere wird in einer Richtlinie geregelt. <p style="text-align: center;">§ 4</p> <p style="text-align: center;">Aufwandsentschädigung der Mitglieder des Beirates für Migration und Integration</p> <p>Die Mitglieder des Beirates für Migration und Integration erhalten als Ersatz der mit ihrem Amt verbundenen Aufwendungen und der notwendigen baren Auslagen eine Aufwandsentschädigung in Höhe eines Viertels, der Vorsitzende in Höhe der Hälfte des monatlichen Grundbetrages gem. § 2 Abs. 1.1. § 2 Abs. 1.2 und Abs. 4 gelten entsprechend.</p>	<p style="text-align: center;">§ 3</p> <p style="text-align: center;">Geschäftsführungskosten der Fraktionen</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Die Fraktionen erhalten mit Wirkung vom 1. Juni 2014 einen jährlichen Zuschuss zu den Geschäftsführungskosten, der sich aus einem Sockelbetrag in Höhe von 1 450,00 € sowie 650,00 € je Mitglied der Fraktion zusammensetzt. Die Auszahlung erfolgt monatlich zu einem Zwölftel des Jahresbetrages. 2. Die im Stadtrat der Stadt Landau in der Pfalz vertretenen Fraktionen erbringen jährlich einen Nachweis über die Verwendung des Zuschusses zu den Geschäftsführungskosten. Nicht benötigte oder rechtswidrig verwendete Leistungen sind zurück zu erstatten. Das Nähere wird in einer Richtlinie geregelt. <p style="text-align: center;">§ 4</p> <p style="text-align: center;">Aufwandsentschädigung der Mitglieder des Beirates für Migration und Integration</p> <p>Die Mitglieder des Beirates für Migration und Integration erhalten als Ersatz der mit ihrem Amt verbundenen Aufwendungen und der notwendigen baren Auslagen eine Aufwandsentschädigung in Höhe eines Viertels, der Vorsitzende in Höhe der Hälfte des monatlichen Grundbetrages gem. § 2 Abs. 1.1.</p>	<p>Bisheriger § 2 a, nunmehr allerdings mit dynamischer Verweisung auf die KomAEV, um künftige Satzungsanpassungen zu vermeiden. Erhöhung von 55% auf 65%.</p> <p>Nunmehr § 2 Abs. 5</p> <p>Klarstellung</p>
--	---	--

Synopse Hauptsatzung vom 01.09.2004 - Neufassung der Hauptsatzung, Stand 16.06.2014

<p align="center">§ 5</p> <p align="center">Entschädigung für die Wahrnehmung sonstiger Ehrenämter</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Bürger, die einem Ausschuss als Mitglied angehören, erhalten ein Sitzungsgeld in Höhe von 15,00 € pro Sitzung, falls nicht nach anderen Vorschriften eine Sitzungsvergütung zu gewähren ist. 2. Die Feldgeschworenen erhalten für ihre Mitwirkung bei Abmarkungen sowie für die Grenzbegänge eine Entschädigung, die nach Stunden bemessen wird; die Zeiten für die Wegstrecken vom Wohnsitz bis zum Tätigkeitsort und zurück werden berücksichtigt. Die Entschädigung beträgt 10,-€ je Stunde. Angefangene halbe Stunden sind mit der Hälfte des Stundensatzes zu entschädigen. 3. Zur Abgeltung der notwendigen baren Auslagen oder sonstigen persönlichen Aufwendungen erhalten die Feuerwehrangehörigen eine Entschädigung nach Maßstäben der Feuerwehr-Entschädigungsverordnung in der jeweils gültigen Fassung und der nachfolgenden Regelungen: <ol style="list-style-type: none"> 3.1. Eine Aufwandsentschädigung erhalten: <ol style="list-style-type: none"> 3.1.1 der Wehrleiter, 3.1.2 der stellvertretende Wehrleiter, 3.1.3 die Wehrführer und Führer mit Aufgaben, die mit denen eines Wehrführers vergleichbar sind, 3.1.4 die Ausbilder, 3.1.5 der Stadtjugendfeuerwehrwart sowie die Jugendfeuerwehrwarte der Stadtteile, 3.1.6 die ehrenamtlichen Gerätewarte, 3.1.7 die Feuerwehrangehörigen für die Alarm- und Einsatzplanung, 3.1.8 die Feuerwehrangehörigen für die Bedienung, Wartung und Pflege der Informations- und Kommunikationsmittel, 	<p>§ 2 Abs. 1.3 und Abs. 4 gelten entsprechend.</p> <p align="center">§ 5</p> <p align="center">Entschädigung für die Wahrnehmung sonstiger Ehrenämter</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Bürger, die einem Ausschuss als Mitglied angehören, erhalten ein Sitzungsgeld in Höhe von 15,00 € pro Sitzung, falls nicht nach anderen Vorschriften eine Sitzungsvergütung zu gewähren ist. 2. Die Feldgeschworenen erhalten für ihre Mitwirkung bei Abmarkungen sowie für die Grenzbegänge eine Entschädigung, die nach Stunden bemessen wird; die Zeiten für die Wegstrecken vom Wohnsitz bis zum Tätigkeitsort und zurück werden berücksichtigt. Die Entschädigung beträgt 10,-€ je Stunde. Angefangene halbe Stunden sind mit der Hälfte des Stundensatzes zu entschädigen. 3. Zur Abgeltung der notwendigen baren Auslagen oder sonstigen persönlichen Aufwendungen erhalten die Feuerwehrangehörigen eine Entschädigung nach Maßstäben der Feuerwehr-Entschädigungsverordnung in der jeweils gültigen Fassung und der nachfolgenden Regelungen: <ol style="list-style-type: none"> 3.1. Eine Aufwandsentschädigung erhalten: <ol style="list-style-type: none"> 3.1.1 der Wehrleiter, 3.1.2 der stellvertretende Wehrleiter, 3.1.3 die Wehrführer und Führer mit Aufgaben, die mit denen eines Wehrführers vergleichbar sind, 3.1.4 die Ausbilder, 3.1.5 der Stadtjugendfeuerwehrwart sowie die Jugendfeuerwehrwarte der Stadtteile, 3.1.6 die ehrenamtlichen Gerätewarte, 3.1.7 die Feuerwehrangehörigen für die Alarm- und Einsatzplanung, 3.1.8 die Feuerwehrangehörigen für die Bedienung, Wartung und Pflege der 	<p>Verweisung berichtigt</p>
---	---	------------------------------

Synopse Hauptsatzung vom 01.09.2004 - Neufassung der Hauptsatzung, Stand 16.06.2014

<p>3.1.9 der Brandschutzerzieher.</p> <p>3.2 Die Aufwandsentschädigung wird in Form eines monatlichen Pauschbetrages gewährt. Daneben werden die in § 5 der Feuerwehr-Entscheidungsverordnung in der jeweils gültigen Fassung genannten Aufwendungen besonders erstattet.</p> <p>3.3 Als monatliche Aufwandsentschädigung erhalten:</p> <p>3.3.1 der Wehrleiter einen Betrag, der dem Höchstsatz der Feuerwehr-Entscheidungsverordnung in der jeweils gültigen Fassung, zuzüglich des Zuschlags für jede im Stadtgebiet aufgestellte Stadtteilfeuerwehr, entspricht,</p> <p>3.3.2 der stellvertretene Wehrleiter einen Betrag, der dem Höchstsatz der Feuerwehr-Entscheidungsverordnung in der jeweils gültigen Fassung entspricht,</p> <p>3.3.3 der Führer der Stadtwehr einen Betrag, der 75 vom Hundert des Höchstsatzes der Feuerwehr-Entscheidungsverordnung in der jeweils gültigen Fassung für den Wehrleiter entspricht, jedoch mindestens den Mindestbetrag nach dieser Verordnung,</p> <p>3.3.4 die Zugführer der Stadtwehr, die Gruppen- und Zugführer der Stadtteilfeuerwehren sowie des Gefahrstoffzuges, der Gruppenführer der Führungsgruppe technische Einsatzleitung einen Betrag, der 40 vom Hundert des Höchstsatzes der Feuerwehr-Entscheidungsverordnung in der jeweils gültigen Fassung für den Wehrführer entspricht, jedoch mindestens den Mindestbetrag nach dieser Verordnung,</p> <p>3.3.5 die Ausbilder, der Stadtjugendfeuerwehrwart sowie die Jugendfeuerwehrwarte, die in der Feuerwehr-Entscheidungsverordnung in der jeweils gültigen Fassung festgesetzten Beträge; sofern dort Rahmenbeträge eingeführt werden, die jeweiligen Höchstbeträge,</p> <p>3.3.6 der Brandschutzerzieher den gleichen Betrag, den die Jugendfeuerwehrwarte erhalten,</p> <p>3.3.7 die Gerätewarte einen Betrag, der 40 vom Hundert des Höchstsatzes der Feuerwehr-Entscheidungsverordnung in der jeweils gültigen Fassung entspricht, mindestens jedoch den Mindestbetrag nach dieser Verordnung,</p>	<p>Informations- und Kommunikationsmittel,</p> <p>3.1.9 der Brandschutzerzieher.</p> <p>3.2 Die Aufwandsentschädigung wird in Form eines monatlichen Pauschbetrages gewährt. Daneben werden die in § 5 der Feuerwehr-Entscheidungsverordnung in der jeweils gültigen Fassung genannten Aufwendungen besonders erstattet.</p> <p>3.3 Als monatliche Aufwandsentschädigung erhalten:</p> <p>3.3.1 der Wehrleiter einen Betrag, der dem Höchstsatz der Feuerwehr-Entscheidungsverordnung in der jeweils gültigen Fassung, zuzüglich des Zuschlags für jede im Stadtgebiet aufgestellte Stadtteilfeuerwehr, entspricht,</p> <p>3.3.2 der stellvertretene Wehrleiter einen Betrag, der dem Höchstsatz der Feuerwehr-Entscheidungsverordnung in der jeweils gültigen Fassung entspricht,</p> <p>3.3.3 der Führer der Stadtwehr einen Betrag, der 75 vom Hundert des Höchstsatzes der Feuerwehr-Entscheidungsverordnung in der jeweils gültigen Fassung für den Wehrleiter entspricht, jedoch mindestens den Mindestbetrag nach dieser Verordnung,</p> <p>3.3.4 die Zugführer der Stadtwehr, die Gruppen- und Zugführer der Stadtteilfeuerwehren sowie des Gefahrstoffzuges, der Gruppenführer der Führungsgruppe technische Einsatzleitung einen Betrag, der 40 vom Hundert des Höchstsatzes der Feuerwehr-Entscheidungsverordnung in der jeweils gültigen Fassung für den Wehrführer entspricht, jedoch mindestens den Mindestbetrag nach dieser Verordnung,</p> <p>3.3.5 die Ausbilder, der Stadtjugendfeuerwehrwart sowie die Jugendfeuerwehrwarte, die in der Feuerwehr-Entscheidungsverordnung in der jeweils gültigen Fassung festgesetzten Beträge; sofern dort Rahmenbeträge eingeführt werden, die jeweiligen Höchstbeträge,</p> <p>3.3.6 der Brandschutzerzieher den gleichen Betrag, den die Jugendfeuerwehrwarte erhalten,</p> <p>3.3.7 die Gerätewarte einen Betrag, der 40 vom Hundert des Höchstsatzes der Feuerwehr-Entscheidungsverordnung in der jeweils gültigen Fassung entspricht, mindestens jedoch den Mindestbetrag nach dieser Verordnung,</p>	
--	---	--

Synopse Hauptsatzung vom 01.09.2004 - Neufassung der Hauptsatzung, Stand 16.06.2014

<p>3.3.8 die Feuerwehrangehörigen für die Alarm- und Einsatzplanung und die Feuerwehrangehörigen für die Bedienung, Wartung und Pflege der Informations- und Kommunikationsmittel den Mindestbetrag nach der Feuerwehr-Entschädigungsverordnung in der jeweils gültigen Fassung.</p> <p>3.4 Feuerwehrangehörige, die zu Einsätzen herangezogen worden sind, erhalten eine Aufwandsentschädigung in Höhe von 1,95 € pro angefangene halbe Stunde. Für das Erscheinen im Feuerwehrgerätehaus erhalten die Feuerwehrangehörigen, die nicht zum Einsatz kommen, 1,95 €. Für Brandsicherheitswachen erhalten die Feuerwehrangehörigen eine Aufwandsentschädigung in Höhe von 4,25 € pro angefangene halbe Stunde.</p>	<p>3.3.8 die Feuerwehrangehörigen für die Alarm- und Einsatzplanung und die Feuerwehrangehörigen für die Bedienung, Wartung und Pflege der Informations- und Kommunikationsmittel den Mindestbetrag nach der Feuerwehr-Entschädigungsverordnung in der jeweils gültigen Fassung.</p> <p>3.4 Feuerwehrangehörige, die zu Einsätzen herangezogen worden sind, erhalten eine Aufwandsentschädigung in Höhe von 1,95 € pro angefangene halbe Stunde. Für das Erscheinen im Feuerwehrgerätehaus erhalten die Feuerwehrangehörigen, die nicht zum Einsatz kommen, 1,95 €. Für Brandsicherheitswachen erhalten die Feuerwehrangehörigen eine Aufwandsentschädigung in Höhe von 4,25 € pro angefangene halbe Stunde.</p>	
<p>§ 6</p> <p>Ältestenrat</p>	<p>§ 6</p> <p>Ältestenrat</p>	
<p>1. Zur Herbeiführung einer Verständigung über die Behandlung wichtiger und schwieriger Aufgaben des Stadtrates sowie über die Behandlung von Gegenständen besonderer Art wird ein Ältestenrat gebildet.</p> <p>2. Dem Ältestenrat gehören an: Der Oberbürgermeister und die Beigeordneten sowie die Fraktionsvorsitzenden. Die Fraktionsvorsitzenden können sich durch ein anderes Ratsmitglied im Ältestenrat vertreten lassen.</p> <p>3. Den Vorsitz führt der Oberbürgermeister, in seiner Vertretung führen ihn die Beigeordneten in der Reihenfolge ihrer Vertretungsbefugnis. Sind der Oberbürgermeister und die Beigeordneten von der Mitwirkung im Ältestenrat ausgeschlossen, weil eine Interessenkollision vorliegt, so führt das an Lebensjahren älteste Mitglied des Ältestenrates den Vorsitz.</p>	<p>1. Zur Beratung des Oberbürgermeisters in Fragen der Tagesordnung und des Ablaufs der Sitzungen des Stadtrates wird ein Ältestenrat gebildet.</p> <p>2. Dem Ältestenrat gehören an: Der Oberbürgermeister und die Beigeordneten sowie die Fraktionsvorsitzenden. Die Fraktionsvorsitzenden können sich durch ein anderes Ratsmitglied im Ältestenrat vertreten lassen.</p> <p>3. Den Vorsitz führt der Oberbürgermeister, in seiner Vertretung führen ihn die Beigeordneten in der Reihenfolge ihrer Vertretungsbefugnis. Sind der Oberbürgermeister und die Beigeordneten von der Mitwirkung im Ältestenrat ausgeschlossen, weil eine Interessenkollision vorliegt, so führt das an Lebensjahren älteste Mitglied des Ältestenrates den Vorsitz.</p>	
<p>§ 7</p> <p>Bildung von Ausschüssen</p>	<p>§ 7</p> <p>Bildung von Ausschüssen, Beauftragte</p>	
<p>1. Zur Vorbereitung der Beschlüsse des Stadtrates sowie zur abschließenden Entscheidung nach Maßgabe des § 8 werden folgende Ausschüsse gebildet:</p>	<p>1. Zur Vorbereitung der Beschlüsse des Stadtrates sowie zur abschließenden Entscheidung nach Maßgabe des § 8 werden folgende Ausschüsse gebildet:</p> <p style="text-align: center;">Zahl der gewählten</p>	<p>Wortlaut an § 34 a GemO angepasst</p>

Synopse Hauptsatzung vom 01.09.2004 - Neufassung der Hauptsatzung, Stand 16.06.2014

Zahl der gewählten Mitglieder	Mitglieder	
1.1	Hauptausschuss 15	
1.2	Rechnungsprüfungsausschuss 13	
1.3	Kulturausschuss 18	
1.4	Sportausschuss 18	
1.5	Bauausschuss 15	
1.6	Umweltausschuss 13	
1.7	Sozialausschuss 13	
1.8	Werksausschuss Gebäudemanagement Landau 13 (zzgl. Beschäftigtenvertreter gem. § 90 LPersVG)	
2.	Den Ausschüssen nach Absatz 1.2 bis 1.8 dürfen sonstige wählbare Bürger der Stadt Landau in der Pfalz angehören. Jeder Ausschuss muss mindestens zur Hälfte aus gewählten Ratsmitgliedern bestehen.	Siehe Absatz 6
3.	Jede in dem jeweiligen Ausschuss nach Abs. 1 vertretene Fraktion kann mindestens einen sonstigen wählbaren Bürger der Stadt Landau in der Pfalz zur Wahl in diesen Ausschuss vorschlagen.	
4.	Dem Sportausschuss soll ein Vertreter des Sportbundes Pfalz angehören.	Anpassung der Zahl der gewählten Mitglieder, damit auch künftig jede Fraktion in den Ausschüssen vertreten ist.
5.	Die zur Erfüllung besonderer Aufgaben durch Gesetz vorgeschriebene Bildung von Ausschüssen bleibt unberührt. Der nach dem Schulgesetz zu bildende Schulträgerausschuss besteht aus 32 gewählten Mitgliedern.	Dem Hauptausschuss sollen, wie bislang auch üblich, auch zukünftig nur Stadträte angehören.
	<p>3. Jede in dem jeweiligen Ausschuss nach Abs. 1 vertretene Fraktion kann mindestens einen sonstigen wählbaren Bürger der Stadt Landau in der Pfalz zur Wahl in diesen Ausschuss vorschlagen.</p> <p>4. Dem Sportausschuss sollen Vertreter des Sportbundes Pfalz / der städtischen Sportorganisationen angehören. Der Sportausschuss erfüllt zugleich die Funktion des Sportstättenbeirates nach der Verwaltungsvorschrift Sportanlagen-Förderung. Die in dieser Verwaltungsvorschrift genannten mit der Förderung des Baues von Sportstätten befassten Stellen sollen bei der Erfüllung der Aufgaben des Sportstättenbeirates beteiligt werden.</p> <p>5. Die zur Erfüllung besonderer Aufgaben durch Gesetz oder sonstiger Rechtsgrundlagen vorgeschriebene Bildung von Ausschüssen und sonstigen Gremien bleibt unberührt. Der nach dem Schulgesetz zu bildende Schulträgerausschuss besteht aus 28 gewählten Mitgliedern.</p> <p>6. Für die Belange der Universitätsstadt Landau in der Pfalz wird ein Beauftragter aus der Mitte des Stadtrates bestellt. Der Beauftragte erhält für die mit dem Amt verbundenen Aufwendungen und die notwendigen baren Auslagen eine Aufwandsentschädigung in Höhe des Grundbetrages der Aufwandsentschädigung eines Ratsmitgliedes nach § 2, 1.1. Das Nähere zum Amt wird durch Ratsbeschluss geregelt.</p>	

Synopse Hauptsatzung vom 01.09.2004 - Neufassung der Hauptsatzung, Stand 16.06.2014

<p style="text-align: center;">§ 8</p> <p style="text-align: center;">Zuständigkeit der Ausschüsse</p> <p>1. Den in § 7 Abs. 1 bezeichneten Ausschüssen werden folgende Aufgaben übertragen:</p> <p>1.1 Hauptausschuss</p> <p style="padding-left: 20px;">1.1.1 Beratung:</p> <p style="padding-left: 40px;">1.1.1.1 Vorbereitung der Beschlüsse des Stadtrates.</p> <p style="padding-left: 40px;">1.1.1.2 Grundsätzliche Angelegenheiten im Zusammenhang mit der Ansiedlung und Förderung von Handwerk, Handel, Gewerbe und Industrie.</p> <p style="padding-left: 40px;">1.1.1.3 Stellenplan der Beamten, Angestellten und Arbeiter der Stadtverwaltung.</p> <p style="padding-left: 40px;">1.1.1.4 Angelegenheiten des Zoos.</p> <p>1.1.2 Entscheidung:</p> <p style="padding-left: 20px;">1.1.2.1 Beschlussfassung über alle Selbstverwaltungsangelegenheiten, soweit sie nicht nach § 32 Abs. 2 GemO dem Stadtrat vorbehalten oder nachstehend anderen Ausschüssen übertragen sind, oder soweit nicht der Oberbürgermeister kraft Gesetzes zuständig ist (§ 32 Abs. 1 GemO), ausgenommen Angelegenheiten des Zoos.</p> <p style="padding-left: 20px;">1.1.2.2 Zustimmung zur Leistung überplanmäßiger und außerplanmäßiger Ausgaben bis zu 30.000,00 € im Einzelfall (§ 32 Abs. 2 Nr. 11 GemO).</p> <p style="padding-left: 20px;">1.1.2.3 Genehmigung von Verträgen der Stadt mit dem Oberbürgermeister, dem Bürgermeister und dem Beigeordneten bis zu einer Wertgrenze von 600,00 € (§ 32 Abs. 2 Nr. 12 GemO).</p>	<p style="text-align: center;">§ 8</p> <p style="text-align: center;">Zuständigkeit der Ausschüsse</p> <p>1. Den in § 7 Abs. 1 bezeichneten Ausschüssen werden folgende Aufgaben übertragen:</p> <p>1.1 Hauptausschuss</p> <p style="padding-left: 20px;">1.1.1 Beratung:</p> <p style="padding-left: 40px;">1.1.1.1 Vorbereitung der Beschlüsse des Stadtrates.</p> <p style="padding-left: 40px;">1.1.1.2 Grundsätzliche Angelegenheiten im Zusammenhang mit der Ansiedlung und Förderung von Handwerk, Handel, Gewerbe und Industrie.</p> <p style="padding-left: 40px;">1.1.1.3 Stellenplan der Beamten und Beschäftigten der Stadtverwaltung.</p> <p style="padding-left: 40px;">1.1.1.4 Angelegenheiten des Zoos.</p> <p>1.1.2 Entscheidung:</p> <p style="padding-left: 20px;">1.1.2.1 Beschlussfassung über alle Selbstverwaltungsangelegenheiten, soweit sie nicht nach § 32 Abs. 2 GemO dem Stadtrat vorbehalten oder nachstehend anderen Ausschüssen übertragen sind, oder soweit nicht der Oberbürgermeister kraft Gesetzes zuständig ist (§ 32 Abs. 1 GemO), ausgenommen Angelegenheiten des Zoos.</p> <p style="padding-left: 20px;">1.1.2.2 Zustimmung zur Leistung überplanmäßiger und außerplanmäßiger Ausgaben bis zu 30.000,00 € im Einzelfall (§ 32 Abs. 2 Nr. 11 GemO).</p> <p style="padding-left: 20px;">1.1.2.3 Genehmigung von Verträgen der Stadt mit dem Oberbürgermeister, dem Bürgermeister und dem Beigeordneten bis zu einer Wertgrenze von 600,00 € (§ 32 Abs. 2 Nr. 12 GemO).</p> <p style="padding-left: 20px;">1.1.2.4 Verfügung über Gemeindevermögen sowie die Hingabe von Darlehen der Stadt, die Veräußerung und die Verpachtung von Eigenbetrieben</p>	<p>Die Aufgaben des Sportstättenbeirates werden dem Sportausschuss übertragen, siehe auch § 8, 1.4.1.5</p> <p>Klarstellung</p> <p>Zahl berichtigt</p> <p>Neueinführung eines Beauftragten</p> <p>Berücksichtigt die mittlerweile erfolgte Änderung der Terminolo-</p>
---	--	---

Synopse Hauptsatzung vom 01.09.2004 - Neufassung der Hauptsatzung, Stand 16.06.2014

<p>1.1.2.4 Verfügung über Gemeindevermögen sowie die Hingabe von Darlehen der Stadt, die Veräußerung und die Verpachtung von Eigenbetrieben oder Teilen von Eigenbetrieben bis zu einer Wertgrenze von 520.000,00 € (§ 32 Abs. 2 Nr. 13 GemO).</p> <p>1.1.2.5 Beschlussfassung über Maßnahmen der Stadtanierung, soweit nicht dem Stadtrat vorbehalten.</p> <p>1.1.2.6 Zustimmung zur Ernennung der Beamten des höheren und gehobenen Dienstes sowie die Entlassung der Beamten auf Probe dieser Laufbahn gegen deren Willen.</p> <p>1.1.2.7 Zustimmung zur Einstellung und Eingruppierung der dem höheren und gehobenen Dienst vergleichbaren Angestellten sowie die Kündigung gegen deren Willen.</p> <p>1.1.2.8 Anträge auf Hinausschiebung des Ruhestandsbeginns. [In der Regel werden als Geschäfte der laufenden Verwaltung angesehen:</p> <ul style="list-style-type: none">- Vergaben von Lieferungen und Leistungen auch bei Baumaßnahmen sowie der Eingang von Erwerbsverpflichtungen bis zu 52.000,00 € im Einzelfall im Rahmen des Haushaltsplanes,- die Stundung von Realsteuern bis zu 12 Monaten,- Stundungen mit Zinsberechnungen,- die zinslose Stundung von Forderungen bis 15.000,00 €,- Erlass von Forderungen bis 10 000,00 €,- Niederschlagung von Forderungen bis 50.000,00 €,- Grundstücksgeschäfte bis zu einem Verkaufswert von 30.000,00 € im Einzelfall,- Leistung überplanmäßiger und außerplanmäßiger Ausgaben bis zu 10.000,00 € im Einzelfall (§ 100 Absatz 1 Satz 2 GemO),- Nachgeben bei gerichtlichen Vergleichen]. <p>1.1.2.9 In Abweichung von Nr. 1.1.2.1 und dem Klammerzusatz nach Nr. 1.1.2.8 wird befristet bis zum 31.12.2012 die Vergabe von Lieferungen und Leistungen auch bei Baumaßnahmen sowie der Eingang von Erwerbsverpflichtungen im Rahmen des Haushaltsplanes dem Oberbürgermeister übertragen.</p> <p><u>1.2 Rechnungsprüfungsausschuss</u></p>	<p>oder Teilen von Eigenbetrieben bis zu einer Wertgrenze von 520.000,00 € (§ 32 Abs. 2 Nr. 13 GemO).</p> <p>1.1.2.5 Beschlussfassung über Maßnahmen im besonderen Städtebaurecht, soweit nicht dem Stadtrat vorbehalten.</p> <p>1.1.2.6 Zustimmung zur Ernennung der Beamten ab dem dritten Einstiegsamt sowie die Entlassung der Beamten auf Probe dieser beamtenrechtlichen Laufbahn gegen deren Willen.</p> <p>1.1.2.7 Zustimmung zur Einstellung und/oder Eingruppierung der mit den Beamten ab dem dritten Einstiegsamt der beamtenrechtlichen Laufbahnen vergleichbaren Beschäftigten sowie die Kündigung gegen deren Willen.</p> <p>1.1.2.8 Anträge auf Hinausschiebung des Ruhestandsbeginns. [In der Regel werden als Geschäfte der laufenden Verwaltung angesehen:</p> <ul style="list-style-type: none">- Vergaben von Lieferungen und Leistungen auch bei Baumaßnahmen sowie der Eingang von Erwerbsverpflichtungen bis zu 52.000,00 € im Einzelfall im Rahmen des Haushaltsplanes,- die Stundung von Realsteuern bis zu 12 Monaten,- Stundungen mit Zinsberechnungen,- die zinslose Stundung von Forderungen bis 15.000,00 €,- Erlass von Forderungen bis 10 000,00 €,- Niederschlagung von Forderungen bis 50.000,00 €,- Grundstücksgeschäfte bis zu einem Verkaufswert von 30.000,00 € im Einzelfall,- Leistung überplanmäßiger und außerplanmäßiger Ausgaben bis zu 10.000,00 € im Einzelfall (§ 100 Absatz 1 Satz 2 GemO),- Nachgeben bei gerichtlichen Vergleichen]. <p><u>1.2 Rechnungsprüfungsausschuss</u></p>	<p>gie in den gesetzlichen Grundlagen</p> <p>Angepasst an Terminologie BauGB</p> <p>Berücksichtigt die mittlerweile erfolgte Änderung der Terminologie in den gesetzlichen Grundlagen</p>
--	--	---

Synopse Hauptsatzung vom 01.09.2004 - Neufassung der Hauptsatzung, Stand 16.06.2014

<p>Prüfung der Jahresrechnung gem. § 110 GemO.</p> <p><u>1.3 Kulturausschuss</u></p> <p><u>1.3.1 Beratung:</u></p> <p>1.3.1.1 Förderung der bildenden Kunst, der Schauspielkunst und der Musik.</p> <p>1.3.1.2 Grundsätzliche Fragen im Zusammenhang mit kulturellen Einrichtungen.</p> <p>1.3.1.3 Grundsätzliche Fragen im Zusammenhang mit dem Stadtarchiv, dem städtischen Heimatmuseum und der Stadtbücherei.</p> <p><u>1.3.2 Entscheidung:</u></p> <p>Grundsätzliche Fragen der Veranstaltungen des Kulturamtes.</p> <p><u>1.4 Sportausschuss</u></p> <p><u>1.4.1 Beratung:</u></p> <p>1.4.1.1 Planung und Gestaltung der Sport-, Spiel- und Freizeitanlagen.</p> <p>1.4.1.2 Allgemeine und besondere Sportförderungsmaßnahmen.</p> <p>1.4.1.3 Grundsätzliche Fragen der Förderung des Schulsports.</p> <p>1.4.1.4 Maßnahmen des Goldenen Planes.</p> <p>1.4.1.5 Vorschläge zur Verleihung der Stadtsporturkunde.</p> <p>1.4.1.6 Richtlinien über die Benutzung der Sportstätten.</p>	<p>Prüfung der Jahresrechnung gem. § 110 GemO.</p> <p><u>1.3 Kulturausschuss</u></p> <p><u>1.3.1 Beratung:</u></p> <p>1.3.1.1 Förderung der bildenden Kunst, der Schauspielkunst und der Musik.</p> <p>1.3.1.2 Grundsätzliche Fragen im Zusammenhang mit kulturellen Einrichtungen.</p> <p>1.3.1.3 Grundsätzliche Fragen im Zusammenhang mit dem Stadtarchiv, den städtischen Museen und der Stadtbibliothek.</p> <p><u>1.3.2 Entscheidung:</u></p> <p>Grundsätzliche Fragen der Veranstaltungen des Kulturamtes.</p> <p><u>1.4 Sportausschuss</u></p> <p><u>1.4.1 Beratung:</u></p> <p>1.4.1.1 Planung und Gestaltung der Sport-, Spiel- und Freizeitanlagen.</p> <p>1.4.1.2 Allgemeine und besondere Sportförderungsmaßnahmen.</p> <p>1.4.1.3 Grundsätzliche Fragen der Förderung des Schulsports.</p> <p>1.4.1.4 Richtlinien über die Benutzung der Sportstätten.</p> <p>1.4.1.5 Aufgaben des Sportstättenbeirates nach den Verwaltungsvorschriften zur Sportanlagen-Förderung.</p> <p><u>1.4.2 Entscheidung</u></p> <p>1.4.2.1 Beschlüsse zur Verleihung der Stadtsporturkunde</p> <p>1.4.2.2 Beschluss der Prioritätenliste zur Förderung des Baus von Sport-, Spiel- und Freizeitanlagen nach der Verwaltungsvorschrift zur Sportanlagen - Förderung.</p>	<p>Hat sich mit Auslaufen des Konjunkturpakets erledigt</p> <p>Begrifflichkeiten aktualisiert</p>
---	---	---

Synopse Hauptsatzung vom 01.09.2004 - Neufassung der Hauptsatzung, Stand 16.06.2014

<p><u>1.5. Bauausschuss</u></p> <p><u>1.5.1 Beratung:</u></p> <p>1.5.1.1 Städtebauliche Pläne mit allen Änderungen und Ergänzungen und deren Vollzug.</p> <p>1.5.1.2 Technische Fragen bei allen Baumaßnahmen einschließlich Herstellung von Erschließungsanlagen.</p> <p>1.5.1.3 Technische Fragen des Erschließungsbeitragsrechts einschließlich der Bildung von Abrechnungsgebieten.</p> <p>1.5.1.4 Fragen des Denkmalschutzes.</p> <p>1.5.1.5 Grundsätzliche Fragen, die im Zusammenhang mit der Stadtentwicklungsplanung und der Stadtsanierung stehen.</p> <p>1.5.1.6 Planung und Gestaltung der öffentlichen Plätze.</p> <p><u>1.5.2 Entscheidung:</u></p> <p>1.5.2.1 Planauslegungs- bzw. Entwurfsbeschlussfassung im Rahmen von Verfahren zur Aufstellung von Bauleitplänen.</p> <p>1.5.2.2 Vergabe von Lieferungen und Leistungen für Baumaßnahmen von mehr als 52.000,00 € bis 160.000,00 € im Einzelfall im Rahmen des Haushaltsplanes und von mehr als 160.000,00 €, wenn bei Ausschreibungen Zuschlagsfristen einzuhalten sind und vor Fristablauf eine Entscheidung des Hauptausschusses und/oder des Stadtrates nicht herbeigeführt werden kann.</p> <p>1.5.2.3 Erlass von Vertragsstrafen aus Lieferung und Leistung (VOB-VOL).</p> <p>1.5.2.4 Erteilung des Einvernehmens nach den §§ 31 und 36 BauGB, soweit es sich nicht um ein Geschäft der laufenden Verwaltung handelt.</p>	<p><u>1.5. Bauausschuss</u></p> <p><u>1.5.1 Beratung:</u></p> <p>1.5.1.1 Städtebauliche Pläne mit allen Änderungen und Ergänzungen und deren Vollzug.</p> <p>1.5.1.2 Technische Fragen bei allen Baumaßnahmen einschließlich Herstellung von Erschließungsanlagen.</p> <p>1.5.1.3 Technische Fragen des Erschließungsbeitragsrechts einschließlich der Bildung von Abrechnungsgebieten.</p> <p>1.5.1.4 Fragen des Denkmalschutzes.</p> <p>1.5.1.5 Grundsätzliche Fragen, die im Zusammenhang mit der Stadtplanung, der Stadtentwicklung und der Stadterneuerung stehen.</p> <p>1.5.1.6 Planung und Gestaltung der öffentlichen Straßen und Plätze.</p> <p><u>1.5.2 Entscheidung:</u></p> <p>1.5.2.1 Planoffenlage- bzw. Entwurfsbeschlussfassung im Rahmen von Verfahren zur Aufstellung, Änderung und Aufhebung von Bauleitplänen.</p> <p>1.5.2.2 Vergabe von Lieferungen und Leistungen für Baumaßnahmen von mehr als 52.000,00 € bis 160.000,00 € im Einzelfall im Rahmen des Haushaltsplanes und von mehr als 160.000,00 €, wenn bei Ausschreibungen Zuschlagsfristen einzuhalten sind und vor Fristablauf eine Entscheidung des Hauptausschusses und/oder des Stadtrates nicht herbeigeführt werden kann.</p> <p>1.5.2.3 Erlass von Vertragsstrafen aus Lieferung und Leistung (VOB-VOL).</p> <p>1.5.2.4 Erteilung des Einvernehmens nach den §§ 31 und 36 BauGB, soweit es sich nicht um ein Geschäft der laufenden Verwaltung handelt.</p> <p>1.5.2.5 Stellungnahme der Gemeinde gemäß § 8 Abs. 5 Denkmalschutzgesetz vom 23.03.1978 (GVBl. S. 159).</p>	<p>Bislang 1.4.1.6, bisherige Punkte 1.4.1.4 und 1.4.1.5 nun unter 1.4.2.1 und 1.4.2.2</p> <p>Siehe oben § 7, 4</p> <p>Ehem. „Goldener Plan“; Prioritätenliste wurde auch bislang schon im Sportausschuss beschlossen.</p>
---	--	--

Synopse Hauptsatzung vom 01.09.2004 - Neufassung der Hauptsatzung, Stand 16.06.2014

<p>1.5.2.5 Stellungnahme der Gemeinde gemäß § 8 Abs. 5 Denkmalschutz- und p f l e g e s e t z u v o n R h e i n l a n d P f a l z vom 23.03.1978 (GVBl. S. 159).</p> <p>1.5.2.6 Städtebauliche Verträge gem. § 11 BauGB.</p> <p>1.5.2.7 Stellungnahme der Stadt Landau in der Pfalz zu Planfeststellungsverfahren.</p> <p>1.5.2.8 Stellungnahme der Stadt Landau in der Pfalz zu raumplanerischen Verfahren.</p> <p>1.5.2.9 Abschluss von Erschließungsverträgen mit privaten Investoren gem. § 124 BauGB.</p> <p>1.5.2.10 Abwägung über die Herstellung von Gemeindestraßen gem. § 125 Abs. 2 i. V. m. § 1 Abs. 4 -7 BauGB.</p> <p>1.5.2.11 Städtebauliche Rahmenpläne, für deren Umsetzung kein Bebauungsplan erforderlich ist.</p> <p>1.5.2.12 Beschlussfassung über Inhalt, Änderung und Ergänzung des Ausbauprogramms für öffentliche Straßen.</p>	<p>1.5.2.6 Städtebauliche Verträge gem. § 11 BauGB.</p> <p>1.5.2.7 Stellungnahme der Stadt Landau in der Pfalz zu Planfeststellungsverfahren.</p> <p>1.5.2.8 Stellungnahme der Stadt Landau in der Pfalz zu raumordnerischen Verfahren.</p> <p>1.5.2.9 Abschluss von Erschließungsverträgen mit privaten Investoren gem. § 124 BauGB.</p> <p>1.5.2.10 Abwägung über die Herstellung von Gemeindestraßen gem. § 125 Abs. 2 i. V. m. § 1 Abs. 4 -7 BauGB.</p> <p>1.5.2.11 Städtebauliche Rahmenpläne, für deren Umsetzung kein Bebauungsplan erforderlich ist.</p> <p>1.5.2.12 Beschlussfassung über Inhalt, Änderung und Ergänzung des Ausbauprogramms für öffentliche Straßen.</p> <p><u>1.6 Umweltausschuss</u></p> <p><u>1.6.1 Beratung:</u></p>	<p>Klarstellung</p> <p>Präzisierung</p>
<p><u>1.6 Umweltausschuss</u></p> <p><u>1.6.1 Beratung:</u></p> <p>1.6.1.1 Alle Angelegenheiten des Umweltschutzes im Bereich der Selbstverwaltungsaufgaben.</p> <p>1.6.1.2 Angelegenheiten der Lokalen Agenda.</p> <p>1.6.1.3 Grundsätzliche Fragen des Weinbaues und der Landwirtschaft.</p> <p>1.6.1.4 Angelegenheiten des Forstbetriebes nach dem Landesforstgesetz (Wirtschaftspläne, Beförsterung, Sonderhiebe usw.).</p> <p>1.6.1.5 Grundstücksrechtliche Fragen im Stadtwald (Verkauf, Erbbaurecht, Vermietung, Verpachtung).</p> <p>1.6.1.6 Waldjagd.</p>	<p>1.6.1.1 Alle Angelegenheiten des Umweltschutzes im Bereich der Selbstverwaltungsaufgaben.</p> <p>1.6.1.2 Angelegenheiten der Lokalen Agenda.</p> <p>1.6.1.3 Grundsätzliche Fragen des Weinbaues und der Landwirtschaft.</p> <p>1.6.1.4 Angelegenheiten des Forstbetriebes nach dem Landesforstgesetz (Wirtschaftspläne, Beförsterung, Sonderhiebe usw.).</p> <p>1.6.1.5 Grundstücksrechtliche Fragen im Stadtwald (Verkauf, Erbbaurecht, Vermietung, Verpachtung).</p> <p>1.6.1.6 Waldjagd.</p> <p>1.6.1.7 Grundsätzliche Fragen des Friedhofswesens.</p> <p>1.6.1.8 Planung und Gestaltung der Spiel- und Freizeitanlagen sowie der</p>	<p>Änderung der Gesetzesbezeichnung</p> <p>Berichtigung der Verweisung</p>

Synopse Hauptsatzung vom 01.09.2004 - Neufassung der Hauptsatzung, Stand 16.06.2014

<p>1.6.1.7 Grundsätzliche Fragen des Friedhofswesens.</p> <p>1.6.1.8 Planung und Gestaltung der Spiel- und Freizeitanlagen sowie der Grünflächen und der Parkanlagen aufgrund eigener oder städtebaulicher Pläne.</p> <p>1.6.1.9 Grundsätzliche Fragen der Landespflege und des Naturschutzes.</p> <p><u>1.6.2 Entscheidung:</u></p> <p>1.6.2.1 Tatbestände der Friedhofssatzung (§ 10 Ehrengräber und § 21 Ausnahmen).</p> <p>1.6.2.2 Vergabe von Lieferungen und Leistungen für gärtnerische und grüngestalterische Maßnahmen von mehr als 52.000,00 € bis 160.000,00 €, wenn bei Ausschreibungen Zuschlagsfristen einzuhalten sind und vor Fristablauf eine Entscheidung Hauptausschusses und/oder des Stadtrates nicht herbeigeführt werden kann.</p> <p><u>1.7 Sozialausschuss</u></p> <p><u>1.7.1 Beratung:</u></p> <p style="padding-left: 40px;">Grundsätzliche soziale Problemstellungen.</p> <p><u>1.8 Werksausschuss Gebäudemanagement Landau</u></p> <p>Der Aufgabenbereich (Beratung und Entscheidung) ergibt sich aus der Eigenbetriebsverordnung und der Betriebssatzung für den Eigenbetrieb Gebäudemanagement Landau in ihrer jeweils gültigen Fassung.</p> <p>2. Abweichend von den Regelungen in Absatz 1 entscheidet in allen Angelegenheiten, die wegen ihrer allgemeinen oder besonderen Bedeutung eine Entscheidung des Stadtrates geboten erscheinen lassen, der Stadtrat.</p> <p style="text-align: center;">§ 9</p> <p style="text-align: center;">Bildung von Ortsbezirken</p>	<p>Grünflächen und der Parkanlagen aufgrund eigener oder städtebaulicher Pläne.</p> <p>1.6.1.9 Grundsätzliche Fragen der Landespflege und des Naturschutzes.</p> <p><u>1.6.2 Entscheidung:</u></p> <p>1.6.2.1 Tatbestände der Friedhofssatzung (§ 11 Ehrengräber und § 21 Ausnahmen).</p> <p>1.6.2.2 Vergabe von Lieferungen und Leistungen für gärtnerische und grüngestalterische Maßnahmen von mehr als 52.000,00 € bis 160.000,00 €, wenn bei Ausschreibungen Zuschlagsfristen einzuhalten sind und vor Fristablauf eine Entscheidung des Hauptausschusses und/oder des Stadtrates nicht herbeigeführt werden kann.</p> <p><u>1.7 Sozialausschuss</u></p> <p><u>1.7.1 Beratung:</u></p> <p style="padding-left: 40px;">Grundsätzliche soziale Problemstellungen.</p> <p><u>1.8 Werksausschuss Gebäudemanagement Landau</u></p> <p>Der Aufgabenbereich (Beratung und Entscheidung) ergibt sich aus der Eigenbetriebsverordnung und der Betriebssatzung für den Eigenbetrieb Gebäudemanagement Landau in ihrer jeweils gültigen Fassung.</p> <p>2. Abweichend von den Regelungen in Absatz 1 entscheidet in allen Angelegenheiten, die wegen ihrer allgemeinen oder besonderen Bedeutung eine Entscheidung des Stadtrates geboten erscheinen lassen, der Stadtrat.</p> <p style="text-align: center;">§ 9</p> <p style="text-align: center;">Bildung von Ortsbezirken</p> <p>1. Für die Stadtteile</p> <p style="padding-left: 40px;">Landau-Arzheim Landau-Mörzheim</p>	<p>Berichtigung der Verweisung</p>
---	---	------------------------------------

Synopse Hauptsatzung vom 01.09.2004 - Neufassung der Hauptsatzung, Stand 16.06.2014

<p>1. Für die Stadtteile</p> <p style="margin-left: 40px;">Landau-Arzheim Landau-Mörzheim</p> <p style="margin-left: 40px;">Landau-Dammheim Landau-Nußdorf</p> <p style="margin-left: 40px;">Landau-Godramstein Landau-Queichheim und</p> <p style="margin-left: 40px;">Landau-Mörlheim Landau-Wollmesheim</p> <p>wird je ein Ortsbezirk gem. § 74 GemO gebildet.</p> <p>2. Die Ortsbeiräte Arzheim, Godramstein, Nußdorf und Queichheim bestehen aus 15 Mitgliedern,</p> <p>die Ortsbeiräte Dammheim, Mörlheim, Mörzheim und Wollmesheim bestehen aus 11 Mitgliedern.</p> <p>3. Die Abgrenzung der Ortsteile ergibt sich aus dem als Anlage beigefügten Lageplan. Dieser ist Bestandteil der Satzung.</p> <p>Die Ortsvorsteher erhalten eine Aufwandsentschädigung in Höhe von 60 v.H. des Höchstsatzes nach § 12 i. V. m. § 14 der Landesverordnung über die Aufwandsentschädigung für kommunale Ehrenämter (KomAEVO) vom 27.11.1997 (GVBl. S. 435) in der jeweils gültigen Fassung. Den Stellvertretern der Ortsvorsteher, die den Ortsvorsteher innerhalb eines Monats insgesamt länger als drei Tage vertreten, wird für die Zeit der Vertretung eine Aufwandsentschädigung bis zur gleichen Höhe wie dem Ortsvorsteher gewährt.</p> <p>Die Mitglieder der Ortsbeiräte, die nicht dem Stadtrat angehören, erhalten als Ersatz der mit ihrem Amt verbundenen Aufwendungen und der notwendigen baren Auslagen eine Aufwandsentschädigung nach monatlichen Durchschnittssätzen in Höhe von 15,00 €, die für jeden begonnenen Monat ihrer Amtszeit - in der Regel bis zum 15. jeden Monats - gezahlt wird. Sie erhöht sich auf 20,00 € für die Ortsbeiratsmitglieder, die Sitzungsunterlagen auf elektronischem Weg erhalten.</p> <p>Allen Mitgliedern der Ortsbeiräte wird der nachgewiesene Lohnausfall ersetzt; Verdienstausschlag jedoch nicht. Die Bestimmung des § 2 Abs. 4 gilt sinngemäß.</p>	<p style="margin-left: 40px;">Landau-Dammheim Landau-Nußdorf</p> <p style="margin-left: 40px;">Landau-Godramstein Landau-Queichheim und</p> <p style="margin-left: 40px;">Landau-Mörlheim Landau-Wollmesheim</p> <p>wird je ein Ortsbezirk gem. § 74 GemO gebildet.</p> <p>2. Die Ortsbeiräte Arzheim, Godramstein, Nußdorf und Queichheim bestehen aus 15 Mitgliedern,</p> <p>die Ortsbeiräte Dammheim, Mörlheim, Mörzheim und Wollmesheim bestehen aus 11 Mitgliedern.</p> <p>3. Die Abgrenzung der Ortsteile ergibt sich aus dem als Anlage beigefügten Lageplan. Dieser ist Bestandteil der Satzung.</p> <p>Die Ortsvorsteher erhalten eine Aufwandsentschädigung in Höhe von 60 v.H. des Höchstsatzes nach § 12 i. V. m. § 14 der Landesverordnung über die Aufwandsentschädigung für kommunale Ehrenämter (KomAEVO) vom 27.11.1997 (GVBl. S. 435) in der jeweils gültigen Fassung. Den Stellvertretern der Ortsvorsteher, die den Ortsvorsteher innerhalb eines Monats insgesamt länger als drei Tage vertreten, wird für die Zeit der Vertretung eine Aufwandsentschädigung bis zur gleichen Höhe wie dem Ortsvorsteher gewährt.</p> <p>Die Mitglieder der Ortsbeiräte erhalten als Ersatz der mit ihrem Amt verbundenen Aufwendungen und der notwendigen baren Auslagen eine Aufwandsentschädigung nach monatlichen Durchschnittssätzen in Höhe von 15,00 €, die für jeden begonnenen Monat ihrer Amtszeit - in der Regel bis zum 15. jeden Monats - gezahlt wird. Sie erhöht sich auf 20,00 € für die Ortsbeiratsmitglieder, die Sitzungsunterlagen auf elektronischem Weg erhalten.</p> <p>Allen Mitgliedern der Ortsbeiräte wird der nachgewiesene Lohnausfall ersetzt; Verdienstausschlag jedoch nicht. Die Bestimmung des § 2 Abs. 4 gilt sinngemäß.</p>	<p style="text-align: center;">§ 10</p>
--	---	--

Synopse Hauptsatzung vom 01.09.2004 - Neufassung der Hauptsatzung, Stand 16.06.2014

§ 10 Aufgaben des Ortsbeirates	Aufgaben des Ortsbeirates	
<p>1. Dem Ortsbeirat werden neben den ihm nach § 75 Abs. 1 GemO obliegenden Aufgaben gem. § 75 Abs. 2 GemO folgende die jeweiligen Stadtteile betreffenden Aufgaben zur selbständigen Entscheidung übertragen:</p> <p>1.1 Verpachtung gemeindeeigener Grundstücke, Vermietung gemeindeeigener Wohnungen.</p> <p>1.2 Zulassung von Schaustellern zu den Kirchweihen und sonstigen Volksfesten.</p> <p>1.3 Gestaltung des Friedhofes und der sonstigen Anlagen unter Mitwirkung des Garten- und Friedhofsamtes.</p> <p>1.4 Gestaltung örtlicher Veranstaltungen (z.B. Volkstrauertag, Heimatabende, sonstige kulturelle Veranstaltungen) im Rahmen des Gesamtveranstaltungsprogramms.</p> <p>1.5 Regelung zur Benutzung der Schulsäle, der Schulturnhalle oder Mehrzweckhalle durch Verbände und Vereine.</p> <p>1.6 Verwaltung des Rathauses.</p> <p>1.7 Jagdverpachtung, soweit die Jagdgenossenschaft ihre Rechte und Pflichten auf die Gemeinde übertragen hat.</p> <p>1.8 Festsetzung der Reihenfolge für den Ausbau und die Unterhaltung von Wirtschaftswegen.</p> <p>1.9 Verpachtung der Schafweiden.</p> <p>2. Der Ortsbeirat wird gem. § 75 Abs. 2 GemO zu folgenden Fragen gehört:</p> <p>2.1 Aufstellung von Bauleitplänen für den Stadtteil.</p> <p>2.2 Entwurf des Haushaltsplanes, soweit es sich um die Ansätze für den Stadtteil handelt.</p>	<p>1. Dem Ortsbeirat werden neben den ihm nach § 75 Abs. 1 GemO obliegenden Aufgaben gem. § 75 Abs. 2 GemO folgende die jeweiligen Stadtteile betreffenden Aufgaben zur selbständigen Entscheidung übertragen:</p> <p>1.1 Zulassung von Schaustellern zu den Kirchweihen und sonstigen Volksfesten.</p> <p>1.2 Gestaltung des Friedhofes und der sonstigen Anlagen unter Mitwirkung des Garten- und Friedhofsamtes.</p> <p>1.3 Gestaltung örtlicher Veranstaltungen (z.B. Volkstrauertag, Heimatabende, sonstige kulturelle Veranstaltungen) im Rahmen des Gesamtveranstaltungsprogramms.</p> <p>1.4 Regelung zur Benutzung der Schulsäle, der Schulturnhalle oder Mehrzweckhalle durch Verbände und Vereine.</p> <p>1.5 Verwaltung des Rathauses.</p> <p>1.6 Verpachtung der Feldjagd, soweit die Jagdgenossenschaft ihre Rechte und Pflichten auf die Gemeinde übertragen hat.</p> <p>1.7 Festsetzung der Reihenfolge für den Ausbau und die Unterhaltung von Wirtschaftswegen.</p> <p>1.8 Verpachtung der Schafweiden.</p> <p>2. Der Ortsbeirat wird gem. § 75 Abs. 2 GemO zu folgenden Fragen gehört:</p> <p>2.1 Aufstellung von Bauleitplänen für den Stadtteil.</p> <p>2.2 Entwurf des Haushaltsplanes, soweit es sich um die Ansätze für den Stadtteil handelt.</p> <p>2.3 Entwürfe zu Investitionsplänen, soweit es sich um Ansätze für den Stadtteil handelt.</p>	<p>Streichung gem. Beschluss Hauptausschuss vom 23.02.2010, war bislang wg. redaktionellem Versehen nicht umgesetzt</p> <p>Nunmehr unter § 10, 2.9</p>

Synopse Hauptsatzung vom 01.09.2004 - Neufassung der Hauptsatzung, Stand 16.06.2014

<p>2.3 Entwürfe zu Investitionsplänen, soweit es sich um Ansätze für den Stadtteil handelt.</p> <p>2.4 Erlass von Satzungen zur Änderung des bisherigen Ortsrechts.</p> <p>2.5 Verhängung von Bausperren im Stadtteil.</p> <p>2.6 Beleuchtung von Straßen, Wegen und Plätzen im Stadtteil.</p> <p>2.7 Namensgebung für Straßen, Wege und Plätze im Stadtteil.</p> <p>2.8 Grundstücksangelegenheiten, soweit sie von besonderer Bedeutung für den Stadtteil sind.</p> <p>2.9 Festlegung der Sperrzeit für Gast- und Schankwirtschaften im Stadtteil.</p> <p>2.10 Park- und Verkehrsverhältnisse im Stadtteil, soweit den Angelegenheiten besondere Bedeutung zukommt.</p> <p>2.11+ Alle sonstigen wichtigen Fragen, die den Stadtteil betreffen.</p> <p style="text-align: center;">§ 11</p> <p style="text-align: center;">Form der öffentlichen Bekanntmachung</p> <p>1. Öffentliche Bekanntmachungen der Stadt erfolgen im Amtsblatt für öffentliche Bekanntmachungen der Stadt Landau i.d.Pf.</p> <p>2. Abweichend von Abs. 1 werden Karten, Pläne oder Zeichnungen und damit verbundene Texte und Erläuterungen in einem Dienstgebäude der Stadtverwaltung zu jedermanns Einsicht während der Dienstzeit auf die Dauer von zwei Wochen, mindestens aber während sieben voller Werktage, ausgelegt. Gegenstand, Ort (Gebäude und Raum), Frist und Zeit der Auslegung werden spätestens am Tage vor Beginn der Auslegung nach Abs. 1 öffentlich bekanntgemacht.</p>	<p>2.4 Erlass von Satzungen zur Änderung des bisherigen Ortsrechts.</p> <p>2.5 Verhängung von Bausperren im Stadtteil.</p> <p>2.6 Beleuchtung von Straßen, Wegen und Plätzen im Stadtteil.</p> <p>2.7 Namensgebung für Straßen, Wege und Plätze im Stadtteil.</p> <p>2.8 Grundstücksangelegenheiten, soweit sie von besonderer Bedeutung für den Stadtteil sind.</p> <p>2.9 Verpachtung gemeindeeigener Grundstücke, Vermietung gemeindeeigener Wohnungen.</p> <p>2.10 Festlegung der Sperrzeit für Gast- und Schankwirtschaften im Stadtteil.</p> <p>2.11 Park- und Verkehrsverhältnisse im Stadtteil, soweit den Angelegenheiten besondere Bedeutung zukommt.</p> <p>2.12 Alle sonstigen wichtigen Fragen, die den Stadtteil betreffen.</p> <p style="text-align: center;">§ 11</p> <p style="text-align: center;">Form der öffentlichen Bekanntmachung</p> <p>1. Öffentliche Bekanntmachungen der Stadt erfolgen im Amtsblatt für öffentliche Bekanntmachungen der Stadt Landau in der Pfalz.</p> <p>2. Abweichend von Abs. 1 werden Karten, Pläne oder Zeichnungen und damit verbundene Texte und Erläuterungen, die aus technischen oder sonstigen Gründen nicht im Amtsblatt bekannt gemacht werden können, in einem Dienstgebäude der Stadtverwaltung zu jedermanns Einsicht während der Dienstzeit auf die Dauer von zwei Wochen, mindestens aber während sieben voller Werktage, ausgelegt. Gegenstand, Ort (Gebäude und Raum), Frist und Zeit der Auslegung werden spätestens am Tage vor Beginn der Auslegung nach Abs. 1 öffentlich bekanntgemacht.</p> <p>3. Soweit durch Rechtsvorschrift eine öffentliche Auslegung vorgeschrieben ist und diese Rechtsvorschrift keine besonderen Bestimmungen enthält,</p>	<p>Waldjagd ist dem Umweltausschuss zugeordnet</p>
--	--	--

Synopse Hauptsatzung vom 01.09.2004 - Neufassung der Hauptsatzung, Stand 16.06.2014

<p>3. Soweit durch Rechtsvorschrift eine öffentliche Auslegung vorgeschrieben ist und diese Rechtsvorschrift keine besonderen Bestimmungen enthält, werden Gegenstand, Ort (Gebäude und Raum), Frist und Zeit der Auslegung spätestens am Tage vor Beginn der Auslegung in der Form des Abs. 1 öffentlich bekanntgemacht. Die Auslegungsfrist beträgt, sofern gesetzlich nicht etwas anderes bestimmt ist, zwei Wochen, mindestens aber sieben volle Werktage.</p> <p>4. Rechtsvorschriften, die eine andere Form der öffentlichen Bekanntmachung vorsehen, bleiben unberührt.</p> <p>5. Für die durch Rechtsvorschrift vorgeschriebenen ortsüblichen Bekanntmachungen gelten die Abs. 1 und 2 entsprechend.</p> <p style="text-align: center;">§ 12</p> <p style="text-align: center;">Inkrafttreten</p> <p>Diese Satzung tritt am Tage nach der öffentlichen Bekanntmachung in Kraft. Gleichzeitig tritt die Hauptsatzung der Stadt Landau in der Pfalz vom 10.11.1992, zuletzt geändert durch Satzung vom 29.3.2004, außer Kraft.</p> <p>Landau in der Pfalz, 1. September 2004 Die Stadtverwaltung:</p> <p>Dr. Christof Wolff Oberbürgermeister</p>	<p>werden Gegenstand, Ort (Gebäude und Raum), Frist und Zeit der Auslegung spätestens am Tage vor Beginn der Auslegung in der Form des Abs. 1 öffentlich bekanntgemacht. Die Auslegungsfrist beträgt, sofern gesetzlich nicht etwas anderes bestimmt ist, zwei Wochen, mindestens aber sieben volle Werktage.</p> <p>4. Rechtsvorschriften, die eine andere Form der öffentlichen Bekanntmachung vorsehen, bleiben unberührt.</p> <p>5. Für die durch Rechtsvorschrift vorgeschriebenen ortsüblichen Bekanntmachungen gelten die Abs. 1 und 2 entsprechend.</p> <p style="text-align: center;">§ 12</p> <p style="text-align: center;">Inkrafttreten</p> <p>Diese Satzung tritt am Tage nach der öffentlichen Bekanntmachung in Kraft. Gleichzeitig tritt die Hauptsatzung der Stadt Landau in der Pfalz vom 01.09.2004, zuletzt geändert durch Satzung vom 22.02.2012, außer Kraft.</p> <p>Landau in der Pfalz, Die Stadtverwaltung:</p> <p>Hans-Dieter Schlimmer Oberbürgermeister</p>	<p>Wegen übergeordneter Interessenlagen soll die Entscheidung künftig wie bei sonstigen städtischen Verpachtungen / Vermietungen erfolgen</p> <p>Berichtigung</p> <p>Bislang wurden Karten, Pläne oder Zeichnungen generell zur Bekanntmachung ausgelegt, mittlerweile ist aber eine Bekanntmachung aufgrund der technischen Möglichkeiten in einigen Fällen auch direkt im Amtsblatt möglich.</p>
---	---	--

Synopse Hauptsatzung vom 01.09.2004 - Neufassung der Hauptsatzung, Stand 16.06.2014

		Redaktionelle Anpassung
--	--	-------------------------